

Von der Wahlniederlage zur Führungskrise

- 100 Tage
Oppositionsführer
Scharping

Hundert Tage ist der SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping jetzt Oppositionsführer im Deutschen Bundestag. 100 Tage — das ist der Zeitraum, der in der politischen Auseinandersetzung üblicherweise als Schonfrist eingeräumt wird, bevor eine erste kritische Zwischenbilanz fällig ist.

Die Zwischenbilanz wird mit dieser Dokumentation vorgelegt. Die Schonfrist aber hat es nicht gegeben — weil Scharpings eigene Partei, die SPD, sie ihrem Vorsitzenden nicht gewährt hat. Vom ersten Tag an wurde er aus den eigenen Reihen mit zum Teil massiver Kritik belegt. Es ist offenkundig: Die SPD hadert mit sich und ihrem Vorsitzenden. Und in der Tat liest sich die Bilanz der ersten 100 Tage Scharpings wie ein Manifest der Mißgeschicke.

Es genügt, in dieser Dokumentation Scharpings eigene Parteigenossen zu Wort kommen zu lassen. Niemand könnte das Debakel der SPD und ihres Vorsitzenden schärfer — und kritischer — herausarbeiten als Stimmen aus der SPD selbst. Diese Äußerungen verdichten sich zu einer bemerkenswerten Mängelliste: vom Fehlstart als Fraktionsführer über fehlerhaftes Management bis zum Fehlen einer inhaltlichen Perspektive. Die SPD präsentiert sich unter Scharping einmal mehr heillos zerstritten in zentralen politischen Fragen. Selbst enge journalistische Weggefährten sprechen ihr die Regierungsfähigkeit ab. Es scheint, als wolle die SPD die Wähler noch einmal im nachhinein in ihrer Entscheidung bestärken, ihr nicht das Vertrauen übertragen zu haben.

Vor diesem Hintergrund ist die Demontage des SPD-Vorsitzenden in vollem Gang. 100 Tage Scharping — das sind 100 Schritte in die Führungskrise.

I. SPD-Wahlanalyse

Eine interne „Analyse der Bundestagswahl“ der SPD-Zentrale gibt bemerkenswerte Einblicke. (Sozialdemokratischer Pressedienst, 1.12.1994, S. 2—6) Die Analyse gesteht „die Führungskrise der Partei“ sowie „Fehler und Schwächen der SPD“ in den letzten beiden Jahren ungeschminkt ein. Zum ersten Mal rechnet die SPD mit ihrer überkommenen Ausrichtung als Partei der „sozialen Fragen“ ab: „Dieses traditionelle Profil der SPD reicht (...) nicht aus, um darüber hinaus in anderen Wählerschichten Resonanz zu finden.“ Die SPD-eigene Analyse kommt zu dem Schluß, die SPD habe folgende Themen „in den letzten Jahren vernachlässigt: Effektivierung statt Ausdehnung staatlicher Leistungen, Zukunft der Arbeit, Umbau statt Abbau des Sozialstaates“. Damit stellt die SPD nach der verlorenen Bundestagswahl ihre zentralen Aussagen aus dem Wahljahr 1994 auf den Kopf und versucht, Anschluß an die CDU zu gewinnen. Dies geschieht nicht etwa aus innerer Überzeugung, sondern aus der Erkenntnis, mit der bisherigen Strategie habe die SPD ihr „Wählerpotential fast optimal ausgeschöpft“. Mit anderen Worten: Die SPD des Jahres 1994 mit Rudolf Scharping an der Spitze bleibt eine 30-Prozent-Partei.

Im Januar 1995 legte nun der Stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse nach. In seinem Aufsatz über „Die Schwäche eines Wahlkampfes“ geht er mit seiner Partei und ihrem Vorsitzenden Rudolf Scharping ins Gericht. (Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr.1/1995, S. 59-64)

Sein Urteil:

„Es ist uns nicht gelungen, aus der ‚Zwickmühle‘ der Magdeburger Entscheidung herauszufinden (wenn es denn überhaupt einen Ausweg gab).“

„Wir haben selbst eine Reihe von vermeidbaren Glaubwürdigkeitsproblemen geschaffen.“

II. Quo vadis, SPD?

Die ersten 100 Tage des SPD-Oppositionsführers Scharping haben ans Licht gebracht, daß sich die SPD in einer dramatischen Orientierungskrise befindet. Eine interne Analyse über den desolaten Zustand der SPD und die Führungsschwäche Scharpings aus den Reihen des „Seeheimer Kreises“ soll bis nach der Wahl in Hessen am 19. Februar zurückgehalten werden. Das Analysepapier sei „in den Panzerschrank gesteckt“. (Die Welt, 18.1.1995)

Beachtlich ist folgende Feststellung der Hamburger SPD: „Der Vorschlag, anstelle des Solidaritätszuschlages eine Ergänzungsabgabe zu erheben, sei nicht überzeugend gewesen, weil eine Haushaltslücke geblieben sei.“ (FAZ, 18.1.1995) Damit gibt die SPD selbst zu, was sie während des gesamten Wahljahres vehement bestritten hatte.

In einer Rede auf der Tagung der Parteirechten in Tutzing gab Rudolf Scharping am 26. November 1994 intern zu: „Wir haben eklatante Schwächen.“ Vor allem in den Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik gestand Scharping Fehler der SPD ein: „Wir sind aufgetreten als eine Partei der Verteilungsgerechtigkeit.“ Worauf es aber in Zukunft ankomme, sei „die Modernisierung des Sozialstaats“. — „Ruck zur Mitte?“, fragte die Stuttgarter Zeitung erstaunt (6.12.1994). Ohne Zweifel versuchte der SPD-Vorsitzende ein programmatisches „Wendemanöver“ (Süddeutsche Zeitung, 30.11.1994). Scharpings Bekenntnis zum Leistungsprinzip, zur Spitzentechnologie und der Bekämpfung des Sozialmißbrauchs war ein „Stich ins Wespennest“ der SPD (WAZ, 29.11.1994).

Prompt formierte sich Widerstand in der SPD: „Anpassung an den Zeitgeist“, warf SPD-Sozialexperte Rudolf Dreßler seinem Parteivorsitzenden vor (Kölnische Rundschau, 6.12.1994), und SPD-Landesminister und Vorstandsmitglied Franz Müntefering kritisierte laut Bild: „Rudolf, so etwas darf nicht noch mal passieren.“ (Bild, 6.12.1994)

Rudolf Scharping mußte mangels Unterstützung in der eigenen Partei zurückrudern. So bleibt es wohl beim Urteil des SPD-Fraktionschefs im nordrhein-westfälischen Landtag, Friedhelm Farthmann: „Seit 1989 haben sich die Verhältnisse in Deutschland entscheidend verändert, ohne daß wir darauf bislang angemessen reagiert hätten.“ (Kölnische Rundschau, 1.12.1994)

III. Außen- und Sicherheitspolitik

Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik gibt die SPD seit Wochen ein Trauerspiel, das auch dem Ansehen Deutschlands schadet. Mitten durch die Führungsspitze der SPD hindurch bricht ein alter Riß wieder auf. Im Kern geht es um die Frage der außenpolitischen Verantwortung und Bündnistreue Deutschlands. Wie schon in der Vergangenheit schlittert die SPD in den zentralen Fragen außenpolitischer Verlässlichkeit auf „Konflikt-Kurs“ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 4.1.1995) — einem Kurs, der für die SPD zur „Zerreißprobe“ (NRZ, 3.1.1995) werden könnte. In seinem Brief vom 21.12.1994 an den SPD-Vorstand und die SPD-Bundestagsfraktion schrieb der SPD-Vorsitzende noch zur außenpolitischen Haltung der SPD:

„Eine deutsche Beteiligung an NATO-Maßnahmen zum Schutz eines eventuell notwendig werdenden Abzugs der UN-Blauhelme ist nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den Entsendestaaten, sondern auch unzweifelhaft eine Bündnisverpflichtung, wenn die NATO einen entsprechenden UN-Auftrag erhält.“

(Sozialdemokratischer Pressedienst, 2.1.1995)

Für diese Position forderte Scharping Unterstützung ein:

„Ich möchte mit einem Appell an Euch schließen, diese politischen Einschätzungen bei Euren öffentlichen Stellungnahmen zu berücksichtigen. Wir dürfen nicht durch innerparteiliche Auseinandersetzungen über Einzelfragen den öffentlichen Nebelvorhang aufziehen, hinter dem sich dann die Bundesregierung verstecken kann.“
(ebenda)

Doch seine Aufforderung hielt nicht einmal seine Stellvertreter Lafontaine und Wiczorek-Zeul von öffentlichem Widerspruch ab:

Aufgabe der deutschen Politik sei es, „dafür einzutreten, daß die NATO sich auf ihre ursprüngliche Aufgabe konzentriert: die gemeinsame Verteidigung ihrer Mitglieder im Verteidigungsfall.“

Oskar Lafontaine, Der Spiegel, 2.1.1995

Scharpings Einwand, daß es auf jeden Fall eine „politische Verpflichtung den Partnern gegenüber“ (dpa, 9.1.1995) gebe, ließ Heidemarie Wiczorek-Zeul nicht gelten:

„Wer die Beschlußlage ändern will, muß die Entscheidung auf dem nächsten Parteitag suchen.“

Der Spiegel, 9.1.1995

Mittlerweile artet dieser Streit zu persönlichen Beleidigungen aus:

„Der Wörner konnte wenigstens einen Tornado fliegen. Du würdest Dir doch in die Hosen machen.“

Heidemarie Wiczorek-Zeul in einem Wortwechsel über die Haltung der SPD in der Außenpolitik gegenüber dem Scharpings Position zugeneigten Karsten Voigt, abgedruckt im parteieigenen Pressedienst ppp vom 13.1.1995.

Kommentare zum außenpolitischen Richtungsstreit

Stimmen aus der SPD:

- Dieter Schloten MdB, Mitglied des Seeheimer Kreises, Frankfurter Rundschau, 19.1.1995:
„Durch Uneinigkeit und Dilettantismus in Partei und Fraktion in der Tornado-Anfrage ist bereits heute vermeidbarer politischer Schaden entstanden, im In- wie im Ausland.“
- Bezüglich der Regierungsfähigkeit der SPD argumentiert der SPD-Abgeordnete:
„Die NATO-Anfrage hat jedoch gezeigt, daß sie (die SPD) diese Fähigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik derzeit noch nicht hat.“
(ebenda)
- Peter Struck, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Bild am Sonntag, 8.1.1995:
„Wir treten uns dabei auch noch mit Anlauf in den eigenen Hintern.“

Pressestimmen:

- **„SPD uneins über Tornado-Einsatz in Bosnien. Lafontaine und Renate Schmidt wenden sich gegen Scharpings Festlegung“**
Stuttgarter Zeitung, 3.1.1995
- **„Kritik an Bosnien-Kurs des SPD-Chefs wächst“**
Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 4.1.1995

- **„Die SPD lernt nichts dazu“**
Berliner Tagesspiegel am 3.1.1995
- **„In der SPD wächst das Mißbehagen über (die) außenpolitische Orientierungslosigkeit der Partei“**
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.1.1995

IV. Energiepolitik – Im Zeichen der Uneinigkeit

Obwohl er zunächst nicht mit einem ausdrücklichen Mandat der Parteiführung oder des Parteivorsitzenden Scharping ausgestattet war, reiste Niedersachsens Ministerpräsident Schröder in Sachen Energiekonsens landauf, landab. Schröders energiepolitischer Alleingang führte schließlich bei Schleswig-Holsteins SPD-Ministerpräsidentin Heide Simonis zu erheblicher Verärgerung: „Ich bin dagegen, daß Gerhard Schröder allein die Verhandlungslinien der SPD bestimmt“, sagte die Ministerin gegenüber dem Handelsblatt am 20.1.1995. „Simonis wehrt sich gegen die Dominanz Schröders“, kommentierte die Zeitung.

Mittlerweile ist die Zerstrittenheit der SPD auch in Fragen der Energiepolitik unübersehbar. Die Führungs- und Programmlosigkeit der SPD tritt auch hier zu Tage. So schreibt Die Welt am 21.1.1995: die „Energiepolitik spaltet SPD-Troika“. Auch in dieser Frage wird der Widerspruch Scharping — Schröder unübersehbar. So zog Scharping die Ankündigung zurück, die SPD arbeite selber an einem Kohlefinanzierungsmodell. Klar ist nunmehr, daß Schröder nicht die volle Rückendeckung des Parteivorsitzenden bei den Energiekonsens-Gesprächen genießt.

Dies irritiert Gerhard Schröder ebensowenig wie die Uneinigkeit in seiner eigenen Landesregierung beim Thema Energiepolitik. So hat die niedersächsische Umweltministerin Griefahn erklärt: „Mit der SPD gibt es keine zukünftige Energiepolitik, die mit Atomkraft laufen kann.“ (Deutschlandradio, 13.1.1995) Darauf Schröder:

„Es gibt auch in meiner Partei Menschen, die meinen, wenn sie den Atomausstieg nur fordern, dann käme er schon.“

(Bonn direkt, 16.1.1995)

V. SPD und PDS: Paktieren die Sozialdemokraten?

Einen „Riesenkraich“ hatte Scharping seinen Genossen für den Fall angedroht, daß sie mit der SED-Nachfolgepartei PDS zusammenarbeiten würden (Lausitzer Rundschau, 3.11.1994). Doch Scharpings Drohung wird in seiner Partei kaum mehr zur Kenntnis genommen:

- Mit den Stimmen der PDS verabschiedete die rot-grüne Regierungskoalition des SPD-Ministerpräsidenten Reinhard Höppner den Nachtragshaushalt in Sachsen-Anhalt. Für Höppner sind Gespräche mit der PDS inzwischen zur „angenehmen Normalität“ (Die Welt, 2.11.1994) geworden. Mittlerweile traf sich Höppner mit dem PDS-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag Gregor Gysi. Nach Beendigung des Gesprächs schlug Gysi der SPD vor, „Geschichtsetappen wie den Zusammenschluß von SPD und KPD gemeinsam wissenschaftlich aufzuarbeiten“. (Welt am Sonntag, 15.1.1995)
- In Brandenburg trifft sich SPD-Ministerpräsident Manfred Stolpe zu Gesprächen mit dem PDS-Landeschef und Vorsitzenden des Stolpe-Untersuchungsausschusses Lothar Bisky. Inzwischen hat Brandenburgs Sozialministerin Regine Hildebrandt Bisky zum Eintritt in die SPD eingeladen: PDS-Chef Lothar Bisky sei „ministabel — wenn er die Partei wechselt“. (Bonner General-Anzeiger, 13.12.1994)
- In Mecklenburg-Vorpommern hofierte nach der Landtagswahl SPD-Landeschef Harald Ringstorff die PDS in tagelangen Sondierungsgesprächen. Die SPD, mit großem Abstand nur zweitstärkste Partei im Landtag, lockte die Macht so sehr, daß sie nur zögernd von der Option einer Zusammenarbeit mit der PDS Abstand nahm.

Am 5.12.1994 traf der SPD-Vorstand „nach monatelangem internen Streit“ (General-Anzeiger, 6.12.1994) einen weiteren Abgrenzungsbeschuß gegenüber der PDS. In der Praxis ist die sozialdemokratische Theorie längst widerlegt. So trat der Wirtschaftsminister in Sachsen-Anhalt, Jürgen Gramke, zurück, weil SPD-Ministerpräsident Höppner „der PDS in der Frage Mehrheitsbeschaffung einen so starken indirekten Einfluß“ gebe, daß er es nicht mehr mittragen könne. (DLF, 23.11.1994) Gefragt, ob die SPD Zusammenarbeit oder Abgrenzung mit der PDS praktiziere, antwortete der zurückgetretene SPD-Minister: „Das ist de facto natürlich (...) eine bestimmte Form der Zusammenarbeit.“ (DLF, 23.11.1994) In einem Zeitungskommentar heißt es dazu:

„Die SPD hat sich mit ihrer Anbiederung an die Gysi-Partei, die damit nur aufgewertet wird, schneller als erwartet die Finger verbrannt.“

(Handelsblatt, 23.11.1994)

Der neue Abgrenzungsbeschuß der SPD ist ganz offensichtlich nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben steht: Hatte sich Gerhard Schröder zuvor für eine „Mischung aus Abgrenzung und Integration“ (Kölner Stadt-Anzeiger, 31.10.1994) ausgesprochen, blieb er auch nach dem „Abgrenzungsbeschuß“ dabei. Man solle der PDS-tolerierten Regierung in Sachsen-Anhalt „keine Politikmöglichkeit verbauen“. (AP, 6.12.1994)

Die SPD bleibt in Sachen PDS gespalten: Rudolf Scharping demonstriert entschlossene Ablehnung, Schröder hält dagegen, Scharping sei nur „Ratgeber“ in dieser Frage (Bild, 7.11.1994), die SPD-Linken des „Frankfurter Kreises“ fordern eine „Koalitions-Achse“ (Welt am Sonntag, 6.12.94). Troikaner Lafontaine philosophiert über eine „neue Linke“ (Lausitzer Rundschau, 3.11.94), die ihre Kräfte bündeln müsse. Auch die gemeinsame Dresdner Erklärung von August 1994 gegen eine Zusammenarbeit mit der PDS scheint vergessen. Die Tabugrenze ist nun endgültig überschritten. Reinhard Höppner erklärt für die SPD-Spitzengeossen in den neuen Bundesländern:

„Laßt uns das mit der PDS doch wenigstens alleine machen“
(AP, 6.12.1994)

VI. Scharpings gescheiterte Personalpolitik

Böse Kommentare über das Fraktionsmanagement, so berichtete es Die Welt bereits am 13.12.1994, gab es vom allerersten Tag an. „Er war ein Profi auf der Landesbühne. Im Bonner Geschäft ist er Amateur“, urteilte ein Abgeordneter, wobei er die Feststellung ausdrücklich als „Zustandsbeschreibung“ verstanden wissen wollte (Bonner General-Anzeiger, 13.12.1994). Seinen ersten Auftritt als Oppositionsführer anläßlich der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl, auch in der eigenen Partei als enttäuschend empfunden, kommentierte Hans-Ulrich Klose, Scharpings Vorgänger als Fraktionschef, mit den süffisanten Worten: „Wir wissen ja, daß er es auch anders kann.“ (Bonner General-Anzeiger, 13.12.1994):

„Nackenschläge für den Neuen an der Spitze der Fraktion,“
kommentierte der Bonner General-Anzeiger am 13.12.1994.

Ebenso unglücklich verlief für Scharping die Personalbesetzung für die Sprecher der fraktionsinternen Arbeitsgruppen. Hatte der SPD-Chef zunächst noch versucht, das Senioritäts-Prinzip in der Fraktionsarbeit der SPD zu brechen, scheiterte er mit seinem Vorhaben schnell. Ausgerechnet beim wichtigen Arbeitskreis Wirtschaft konnte sich Scharping nicht durchsetzen.

Nicht der von ihm favorisierte Siegmard Mosdorf, sondern der bisherige Sprecher Uwe Jens wurde mit 6 Stimmen gegen die Scharping-Empfehlung (3) und den Abgeordneten Ernst Schwanhold (3) gewählt. Nicht besser erging es Scharping in der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung. Nicht Peter Glotz, Mitglied in Scharpings Schattenkabinett, sondern Doris Odendahl wurde von der Arbeitsgruppe nominiert. Erst in der Fraktion wurde die Entscheidung korrigiert und Peter Glotz gewählt. Beim Sprecher des Arbeitskreises Wirtschaft blieb es bei der Abfuhr für Scharpings Kandidaten.

Auch andere Personalentscheidungen in der SPD-Bundestagsfraktion, so Die Welt am 12.12.1994, lassen Zweifel an der Führungsstärke Scharpings aufkommen. So wurde der Fraktionsvorstand im Gegensatz zu den Erwartungen noch weiter aufgebläht. Der Versuch des Parteivorsitzenden, mit Gerd Andres im Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers den Sprecher des Seeheimer Kreises als Vertreter des rechten Parteiflügels zu integrieren, scheiterte an den Mehrheiten in der SPD-Fraktion.

Fazit:

„Managementfehler ziehen Trotzreaktionen nach sich – nur ein Erklärungsversuch für die schwache Führungsfigur, die SPD-Partei- und Fraktionschef Rudolf Scharping heute abgibt.“

Die Welt, 12.12.1994

VII. Die Führungsfrage

Mehr und mehr konzentriert sich die Kritik auf Scharpings mangelnde Führungskraft. Die Orientierungsprobleme verdichten sich damit zu einer Führungskrise der SPD. Die Liste der Kritiker Scharpings liest sich wie das „Who is who?“ der SPD:

- der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder
- der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine
- die stellvertretende Parteivorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul
- die bayerische Landesvorsitzende Renate Schmidt
- der bayerische geschäftsführende Fraktionschef der SPD, Albert Schmid
- der schleswig-holsteinische SPD-Chef, Willy Piecyk
- der Hamburger SPD-Chef, Jörg Kuhbier.

Einige Kostproben:


- **„Wir sind an vielen Stellen viel zu unmodern, auch in unserer Programmatik. Wir führen in vielen Bereichen ausschließlich Abwehrkämpfe.“**
Renate Schmidt, SPD-Landesvorsitzende in Bayern, Frankfurter Neue Presse, 14.1.1995
- **„Ich sehe keine Opposition in Bonn, die sich die Bundesregierung jeden Tag zur Brust nimmt.“**
Willi Piecyk, SPD-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein, Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, 12.1.1995
- **„Ein Parteivorsitzender hat gesamtstrategische Bedürfnisse zu befriedigen und nicht nur hin und wieder Einzelthemen anzusprechen.“**
Albert Schmid, geschäftsführender SPD-Fraktionsvorsitzender im bayerischen Landtag, Handelsblatt 18.1.1995

Mit nicht zu überbietender Deutlichkeit hat Gerhard Schröder die Machtfrage gestellt. In Gottschalks „Late Night Show“ am 11. Januar 1995 antwortete er auf die Frage, ob er als SPD-Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl besser als Scharping abgeschnitten hätte, kurz und brutal:

- **„Ich hätt's gepackt.“**

VIII. Scharpings 100 Tage im Spiegelbild der Presse

- **SPD streitet über ihre Haltung zur PDS — Schröder für „Mischung aus Abgrenzung und Integration“ — Ostdeutsche Abgeordnete werfen der Parteispitze Hysterie vor.**
Kölner Stadt-Anzeiger, 31.10.1994
- **Scharpings Grenzen,**
Die Welt, 17.11.1994
- **SPD-Arbeitnehmer verärgert,**
Die Welt, 29.11.1994
- **DGB warnt Scharping vor „falscher Strategie“,**
Süddeutsche Zeitung, 29.11.1994

- **Scharping setzt sich nicht durch,**
FAZ, 8.12.1994
 - **Das Ende der Gefolgschaft,**
Die Welt, 12.12.1994
 - **„SPD braucht anderes Profil“,**
Die Welt, 13.12.1994
 - **Die SPD ohne Radar,**
Tagesspiegel, 3.1.1995
 - **Hü und Hott in der SPD,**
Mitteldeutsche Zeitung, 4.1.1995
 - **Scharpings Schlingerkurs,**
Focus, 3/1995, 16.1.1995
 - **SPD-Politiker kritisieren Dilettantismus der Partei,**
Die Welt, 17.1.1995
 - **Scharping im Grundkonflikt,**
Frankfurter Rundschau, 18.1.1995
 - **Rudolf Scharping, „Strategische Dummheit“
100 Tage im Amt: Der SPD-Fraktionschef hat seinen Vertrauens-
bonus verspielt. Enttäuschte Spitzengenossen machen mobil**
Focus 4/1995
- 

Brigitte Seebacher-Brandt aus der SPD ausgetreten

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen mit der SPD hat Brigitte Seebacher-Brandt am 24. Januar ihren Parteiaustritt erklärt. Als Grund nannte die 48jährige Witwe des 1992 gestorbenen SPD-Ehrenvorsitzenden Willy Brandt ihre Empörung darüber, daß „führende Sozialdemokraten Aufzeichnungen meines Mannes beiseite geschafft haben“.

In einem sechsstufigen Brief an SPD-Chef Rudolf Scharping, den die „Frankfurter Rundschau“ in ihrer Mittwoch-Ausgabe veröffentlichte, beschuldigte sie die SPD-Politiker Egon Bahr, Johannes Rau und Hans-Jochen Vogel, Informationsdienstliche Verstrickung des ehemaligen SPD-Parlamentariers Karl Wienand verschwiegen und den Willen meines Mannes bewußt ins Gegenteil verkehrt zu haben“.

Das Austrittschreiben der Historikerin schließt mit dem Satz: „Die Partei, die ich jetzt verlasse, ist nicht die freiheitliche Partei Willy Brandts.“

Bei dem jüngsten Streit geht es um eine erst kürzlich aufgefundene Notiz Brandts über ein Gespräch mit dem früheren sowjetischen Botschafter Walentin Falin aus dem Jahre 1992. In dem Vermerk hieß es, laut Falin sei Wienand ab 1975 eine Verpflichtung „gegenüber dem dortigen Dienst eingegangen“. Dabei blieb

offen, ob Brandt den sowjetischen oder den DDR-Geheimdienst meinte. Das aus dem Besitz von Brandts Büroleiter Klaus Lindenberg stammende Schriftstück, das die Bundesanwaltschaft im Rahmen der Ermittlungen wegen Spionageverdachts gegen Wienand aufgrund eines anonymen Hinweises aus der SPD sicherstellen ließ, soll Rau und Bahr vorgelegen haben. In dem von der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichten Schreiben betonte Seebacher-Brandt, sie habe sich bei den Streitigkeiten im vergangenen Jahr nicht vorstellen können, daß gewisse Aufzeichnungen ihres Mannes längst beiseite geschafft worden seien. „Ich lerne nun, daß führende Sozialdemokraten, noch dazu solche, die sich des Vertrauens von Willy Brandt rühmen, dessen Aufzeichnungen tatsächlich beiseite geschafft haben.“

Brandt sei sehr nachsichtig gewesen. Diejenigen, die ihn glaubten zu kennen, hätten jedoch eines übersehen: „Gegenüber jeder Form der Kollaboration mit Kommunisten, seien sie deutsch oder sowjetisch, war er ohne Nachsicht.“ In dem Brief teilte sie weiter mit, daß sie Anwälte mit rechtlichen Schritten beauftragt habe.

Generalsekretär Peter Hintze hat die SPD-Führung, insbesondere Rau, aufgefordert, jetzt alles offenzulegen. CSU-Landesgruppenchef Michael Glos nannte den Parteiaustritt einen „Akt der Verzweiflung“, weil die Brandt-Witwe offenbar nur so dem Ansehen ihres Mannes gerecht werden könne.